

# Evangelische Verantwortung

## Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ als Ort der Erinnerung und der Aussöhnung

Erika Steinbach MdB

„Und ob ich schon wanderte im finstern Tal, fürchte ich kein Unglück; denn du bist bei mir, dein Stecken und Stab trösten mich“.

Dieser Teil des Psalmes 23 war und ist ein wunderbarer Halt für so viele Menschen, die in Europa auf der Flucht waren, ihre Heimat verlassen mussten, alles zurücklassen mussten, was ihnen



*Erika Steinbach ist Präsidentin des Bundes der Vertriebenen.*

lieb und teuer war und in diesem „finstern Tal“ unendliches Leid und Elend erfahren haben. Deutsche, Polen, Tschechen, Russen, Ukrainer und viele andere Völker haben auf unserem Kontinent in den vergangenen Jahrhunderten am ei-

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Islam als Herausforderung	7
Keine Euthanasie in Europa	13
Evangelisches Filmforum	14

genen Leibe erfahren müssen, welche Grausamkeiten Vertreibung bedeutet. Grausamkeit in physischer wie psychischer Hinsicht.

Um dies gerade jüngeren Menschen zu verdeutlichen, die solche Erfahrungen Gott sei Dank nie haben machen müssen, sei folgender Ausschnitt aus Jürgen Thorwalds Sammelband „Die große Flucht“ wiedergegeben, der als deutscher Zeitzeuge erschütternde Szenen beschreibt:

„Der deutsche Pfarrer Karl Seifert stand am Abend des 20. Mai 1945 in der Gegend des sächsischen Pirna mit einigen Männern seiner Gemeinde am Ufer der Elbe. Er hatte dem sowjetischen Kommandanten die Erlaubnis abgerungen, tote Deutsche zu bestatten, die Tag für Tag an dieses Ufer getrieben wurden. Sie kamen elb- abwärts aus der Tschechoslowakei. Und es waren Frauen und Kinder und Säuglinge, Greise und Greisinnen und deutsche Soldaten. Und es waren Tausende und Abertausende, von denen der Strom nur wenige an jenen Teil des Ufers spülte, an welchem der Pfarrer und seine Männer die Toten in die Erde senkten und ein Gebet über ihren Gräbern sprachen. An diesem 20. Mai geschah es, dass der Strom nicht nur solche Deutsche von sich gab, die zusammengebunden ins Wasser gestürzt und ertränkt worden waren und nicht nur die Erdrosselten und Erstochenen und Erschlagenen, ihrer Zungen, ihrer Augen, ihrer Brüste Beraubten, sondern auf ihm trieb, wie ein Schiff, eine hölzerne Bettstelle, auf der eine ganze deutsche Familie mit ihren Kindern mit Hilfe langer Nägel angenagelt war. Als die Männer die Nägel aus den Händen der Kinder zogen,

*Deutsche, Polen, Tschechen, Russen, Ukrainer und viele andere Völker haben auf unserem Kontinent in den vergangenen Jahrhunderten am eigenen Leibe erfahren müssen, welche Grausamkeiten Vertreibung bedeutet. Grausamkeit in physischer wie psychischer Hinsicht.*

da konnte der Pfarrer nicht mehr die Worte denken, die er in den letzten Tagen oft gedacht hatte, wenn er sich mit den Tschechen beschäftigte und wenn Schmerz und Zorn und Empörung ihn übermannten wollten: ‚Herr, was haben wir getan, dass wir so sündigen müssen.‘ Dies konnte er nicht mehr...“

Wenn auch die Vertreibung im unmittelbaren Moment des Erlebens Wut und Hass haben aufflammen lassen, so haben die Vertriebenen sich doch an Gottes „Stecken und Stab“ orientiert und statt den Weg der Vergeltung den Weg der Verzeihung gewählt.

So haben viele Menschen, die gerade erst das grausame Schicksal der Flucht erlebt hatten und aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, bereits am 5. August 1950, in einer Zeit als die Wunden der Geschehnisse noch offen war, die „Charta der Heimatvertriebenen“ aus der Taufe gehoben. Nicht Hass und Rache prägen diese Menschen, sondern Aussöhnung in der Erinnerung, in der Vision eines gemeinsamen Europas in Frieden und Wohlstand. In der Charta heißt es:

„Im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewusstsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.“

Dies galt nicht nur 1950, sondern genauso noch heute, im Jahr 2003, in dem Vertreibung und Flucht in der Welt weiterhin auf der Tagesordnung stehen. Nur mit Gottes Kraft können die

Heimatvertriebenen dieses „finstere Tal“ durchwandern, um gemeinsam zu neuen, besseren Höhen aufzusteigen. So sieht es auch der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Dr. Wolfgang Huber. Er kennt das Leben vieler Heimatvertriebenen, das von der Erfahrung geprägt wurde, „dass sich auf geschehenes Unrecht noch einmal Unrecht häufte...“

Dass diese Erfahrung nicht in einem Geist der Rache oder der Vergeltung beantwortet werden konnte und durfte, war die wichtigste, freilich auch immer wieder umstrittene Einsicht im Weg der Vertriebenen nach 1945. Für sie steht die Charta der Heimatvertriebenen von 1950. Sie ist in ihrem Kern ein Dokument des Friedens, das genau deshalb auch nach über einem halben Jahrhundert unser dankbares Gedenken verdient.“

Gewiss, vergessen kann und darf man das in Europa erlittene Unrecht nicht – nicht als Deutscher, Pole oder Tscheche. Es ist selbstverständlich, dass die Betroffenen über all den Verlust, über das erfahrene Unrecht trauern. Vertreibung war und ist ein tief einschneidendes Geschehen. Wer sie erdulden muss, wird dies sein Leben lang nicht vergessen. Niemandem kann das Recht genommen oder abgesprochen werden, über seine Toten von Flucht, Vertreibung und Deportation zu trauern, über die Toten von Krieg, Gefangenschaft und Zwangsarbeit.

Leid ist nicht teilbar, Opfer dürfen nicht unterschiedlich qualifiziert werden. Deutsche haben durch Russen, Polen, Tschechen und im Namen der jeweiligen Regime gelitten. Juden, Russen, Ukrainer, Polen, Tschechen und viele andere Völker haben durch Deutsche und in deutschem Namen gelitten. Der Nationalsozialismus mit all seinen Gräueltaten, mit all seinen Verbrechen an den Juden, an den Völkern im Osten, hat unsägliches Leid mit sich gebracht. Diese zwölf Jahre Nationalsozialismus stehen quer zu unserer Geschichte, quer zum Christentum, quer zum Humanismus, quer zur Aufklärung und Demokratie. Und diese zwölf Jahre bestimmen in erheblichem Ausmaß unsere Gegenwart. Wer wollte auch deutsche Verantwortung leugnen! Wir bemühen uns um Aufarbeitung der NS-Geschichte im Innern und der Folgen der NS-Diktatur nach außen gegenüber denen, die davon massiv betroffen waren.

Aber trotz gebrochener Identitäten brauchen wir als Nation, brauchen wir als Volk und als Gemeinschaft Selbstvergewisserung, Selbstwertgefühl und Selbstachtung. Und zu dieser Selbstachtung gehört die Trauer um die eigenen Toten, die Trauer um das Leid der Landsleute bei Flucht und

*Leid ist nicht teilbar, Opfer dürfen nicht unterschiedlich qualifiziert werden. Deutsche haben durch Russen, Polen, Tschechen und im Namen der jeweiligen Regime gelitten. Juden, Russen, Ukrainer, Polen, Tschechen und viele andere Völker haben durch Deutsche und in deutschem Namen gelitten.*

# Liebe Leserin, lieber Leser,

die 2. Tagung der 10. EKD-Synode mit dem Schwerpunktthema „Bibel im kulturellen Gedächtnis“ ist gerade zu Ende gegangen. Natürlich war der EAK wieder mit seinem traditionellen Empfang auf der EKD-Synode in Trier präsent.

Die guten Kontakte zu den Bischöfen, Synodalen und Ratsmitgliedern wurden in gelöster Atmosphäre bei Wein und einem kleinen Imbiss weiter intensiviert. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem neuen Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Wolfgang Huber, recht herzlich zu seinem neuen Amt zu gratulieren. Sehr geehrter Herr Bischof Huber, im Namen des gesamten EAK der CDU/CSU wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute und Gottes Segen! Auf eine gute Zusammenarbeit!

Neben den erfreulichen Ereignissen, zu denen auch die Premiere des neuen Luther – Films gehört, der seit dem 30. Oktober in den deutschen Kinos zu sehen ist (eine kurze Filmbesprechung finden Sie in diesem Heft auf S. 14), gehört leider auch Unerfreuliches: Angesichts der bevorstehenden Abstimmung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über den Bericht des Ausschusses für soziale Fragen, Gesundheit und Familie sah ich mich aufgefordert, im Namen des EAK Stellung zu nehmen und zu verdeutlichen, dass aktive Sterbehilfe mit der Würde des Menschen unvereinbar und darum grundsätzlich abzulehnen ist. Die im Ausschussbericht des Europarates genannten Vorschläge zur Euthanasie unterlaufen den unbedingten Schutz des menschlichen Lebens und bedeuten eine Abkehr von der Empfehlung 1418 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 25. 6. 1999. Der Wert der Menschenwürde in einer Gesellschaft misst sich immer an ihrem Umgang mit ihren schwächsten und hilflosesten Gliedern. Eine Abkehr von der bisherigen Beschlussfassung des Europarates wäre darum unverantwortlich und verhängnisvoll. Der EAK fordert

deshalb die deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung auf, einem solchen Kurswechsel des Europarates nicht zuzustimmen.

Um Europa geht es auch in der Frage des Gottesbezuges. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf meine Mitinitiative hin einen Antrag für einen klaren Gottesbezug in der Europäischen Verfassung verabschiedet. Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, in der EU-Regierungskonferenz durchzusetzen, dass „die Verantwortung der Menschen vor Gott“ an den Anfang der Präambel der neuen EU-Verfassung gesetzt wird. Wir plädieren damit weiterhin in konsequenter Weise für ein klares Bekenntnis zu einem christlich konzipierten Europa!

Ende dieses Monats erwartet uns mit dem 17. Parteitag der CDU-Deutschlands in Leipzig (vom 30. 11. bis 2. 12.) ein ganz großes Ereignis. Natürlich wird es thematisch in erster Linie um die künftigen notwendigen Reformen in unserem Lande gehen. Die Diskussion um die Vorschläge des „Herzog-Papiers“ wird dabei im Mittelpunkt stehen. Der EAK wird mit seinem Stand auf dem Parteitag präsent sein und zwei eigene Anträge einbringen, den einen zur Unterstützung der „Babyklappen“, den anderen zum Verbot des Tragens von Kopftüchern an öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir hoffen auf ein gutes Gelingen und ein konstruktives Ringen zum Wohle unseres Landes!

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel MdB  
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*Der Wert der Menschenwürde in einer Gesellschaft misst sich immer an ihrem Umgang mit ihren schwächsten und hilflosesten Gliedern.*

Vertreibung. Da gibt es nichts zu verdrängen, nichts zu bagatellisieren. Trauer und Erinnerung an die Vertreibung müssen selbstverständlicher Teil unseres nationalen historischen und kulturellen Fundus sein. In jeder anderen europäischen Nation ist das selbstverständlich – und das zu recht! Dieser Erinnerungsfundus ist es, der uns als Einzelperson wie als Nation Identität gibt.

Wer Erinnerung verdrängt, wer Geschichte verdrängt, wer Belastungen der Vergangenheit verdrängt und sie nicht anspricht, der dient im tiefsten Grunde nicht der Verständigung und der Aussöhnung. Zum Versöhnen gehört sicher auch das Verzeihen. Aber Verzeihen gründet sich nicht auf Vergessen, sondern ist nur im Erinnern möglich. Nicht von ungefähr heißt es: „Erinnerung ist das Geheimnis der Versöhnung“. In diesem Satz steckt tiefe menschliche Erkenntnis und Erfahrung. Verständigung durch Verdrängung oder gar Vergessen ist gewiss der schlechteste aller Wege in die Zukunft. Und dies ist genau die Idee des geplanten „Zentrums gegen Vertreibungen“: Verständigung durch Erinnerung.

*Zum Versöhnen gehört sicher auch das Verzeihen. Aber Verzeihen gründet sich nicht auf Vergessen, sondern ist nur im Erinnern möglich.*

Seit drei Jahren, seit dem 6. September 2000, gibt es die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. Sie wurde geboren aus der Erkenntnis der deutschen Heimatvertriebenen, dass es nötig ist, nicht im eigenen Leide, in persönlichen traumatischen Erinnerungen zu verharren, sondern ein Instrument zu schaffen, das dazu beiträgt, Vertreibung und Genozid grundsätzlich als Mittel von Politik zu ächten. Der Stiftung sind vier gleichrangige Aufgaben gestellt, deren Kern immer die Menschenrechte sind. Aus diesen Aufgaben erklärt sich, warum Berlin der richtige Standort für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist und das Thema nicht in ein anderes Land oder eine Randregion abgeschoben werden darf:

**Erstens:** In einem Gesamtüberblick soll das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte genauso erfahrbar werden wie das Schicksal der 4 Mio. deutschen Spätaussiedler, die seit den 50er, vor allem seit Ende der 80er Jahre nach Deutschland kamen. Diese Vertriebenen und Deportierten hatten ihre Heimat in ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dort siedelten sie seit Jahrhunderten. Viele Tausende davon durchlitten Jahre von Zwangsarbeit und Lagerhaft. Fast 2,5 Millionen Kinder, Frauen und Männer haben die Torturen von Vertreibung, Folter, Zwangsarbeit oder monatelanger Vergewaltigung nicht überlebt. Mit diesem Schicksal dürfen die Überlebenden nicht allein gelassen werden. Es ist gesamtdeutsche Aufgabe.

**Zweitens:** Wir wollen die Veränderungen Deutschlands durch die Integration Millionen entwurzelter Landsleute mit den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche ausleuchten. Der Soziologe Eugen Lemberg hat schon 1950 von der „Entstehung eines neuen Volkes aus Binnen-deutschen und Ostvertriebenen“ gesprochen. Tatsächlich blieb z.B. von der konfessionellen Struktur in Deutschland nichts mehr so, wie es weithin seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 gewesen war. Der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser hat die Integration der deutschen Vertriebenen als die größte sozial- und wirtschaftspolitische Aufgabe bezeichnet, die von Deutschland gemeistert worden sei. Dennoch ist diese grandiose Leistung praktisch unverarbeitet.

**Drittens:** gehören unverzichtbar zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa. Allein in Europa waren bzw. sind 35 Volksgruppen von solchen Menschenrechtsverletzungen betroffen. Von den Albanern, Armeniern, Azeris über die Esten, Georgier, Inguschen, Krim-Tataren, Polen, Tschetschenen, Ukrainern bis zu den Weißrussen und griechischen Zyprioten und die singuläre Verfolgung und Massenvernichtung der Juden Europas durch den Nationalsozialismus. Hitler öffnete die Büchse der Pandora vollständig. Und so gab es auch nach ihm kein Halten. Der Genozid an den Jugoslawiendeutschen, Todeslager für deutsche Zivilisten in Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und millionenfache Vertreibung von Deutschen reichten bis 1948/49. Die Vertreibung der Ostpolen durch den mit Hitler vergleichbar verbrecherischen Stalin und auch die der Ungarn durch Benes fallen in diesen Nachkriegszeitraum. Alle Opfer von Genozid und Vertreibung brauchen einen Platz in unseren Herzen und im historischen Gedächtnis. Einen solchen Platz wollen wir mit der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN geben. Wir wollen deutlich machen, dass Menschenrechte unteilbar sind. Unverzichtbar gehört der Dialog mit unseren Nachbarvölkern dazu.

**Viertens:** gehört zu den Stiftungsaufgaben die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises, mit dem Menschen ausgezeichnet werden, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein schärfen. Franz Werfel, der große jüdische Lyriker und Romancier deutscher Zunge wurde 1890 in Prag geboren, musste 1938 emigrieren und starb 1945 in der Emigration. Hätte er das Kriegsende erlebt, wäre es ihm wohl ebenso ergangen wie dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, der niemals aus der Emigration in seine tschechoslowakische

Heimat zurückkehren konnte, obwohl er loyaler tschechoslowakischer Staatsbürger war. Darüber hinaus hat Franz Werfel ganz unzeitgemäß dem dahingemordeten armenischen Volk mit seinem großartigen Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ ein einzigartiges literarisches Denkmal gesetzt.

Der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis kann an Einzelpersonen, aber auch an Initiativen oder Gruppen verliehen werden, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen gewandt haben.

Eine namhafte Jury aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft ehrt in diesem Sinne Menschen, die Vertreibung durch Ächtung für immer verhindern wollen. Neben mir als Vorsitzende des „Zentrums gegen Vertreibungen“ und Prof. Dr. Peter Glotz MdB, gehören der Jury an: Daniel Cohn-Bendit MdEP, der Schriftsteller Dr. Ralph Giordano, Dr. Otto von Habsburg, Dr. Klaus Hänsch MdEP, die Schriftstellerin Dr. Helga Hirsch, der ungarische Schriftsteller und vorherige Präsident der Akademie der Künste, Prof. Dr. György Konrad, Dr. Otto Graf Lambsdorff sowie der ehemalige estnische Staatspräsident und heutige Schriftsteller Lennart Meri.

Zur erstmaligen Verleihung des Preises am 29. Juni 2003 in der Frankfurter Paulskirche hat sich die Jury in großer Einmütigkeit für die Vergabe eines Doppelpreises entschieden. Die einen Preisträger sind, gemeinsam als Gruppe, die tschechischen Initiatoren des „Kreuz der Versöhnung“ im tschechischen Wekelsdorf und der andere Preisträger ist als Einzelperson Dr. Mihan Dabag, Leiter des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Damit würdigte die Jury zum einen eine mutige Tat in einem bis heute besonders schwierigen Umfeld und zum anderen die wissenschaftliche Arbeit an einem fast vergessenen Genozid, dem Schicksal des armenischen Volkes. Herzstück der Stiftung sind die Opfer von Vertreibung und Genozid und nicht die Täter. Denn eines soll das Zentrum nicht sein, es soll kein Pranger sein, an den sich Völker gestellt sehen, sonst würde es seine Aufgabe verfehlen. Vielmehr soll es die Völker in den dauerhaften Dialog und damit in dauerhafte Versöhnung und Frieden führen.

Dies ist mittlerweile auch erklärtes Ziel der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die im Jahre 1998 in einer an Deutlichkeit nicht zu überbietenden, einstimmig angenommenen Entschließung erklärt hat:

„Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus ...“

In der aktuellen Diskussion in der Öffentlichkeit wird allerdings dieses „Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung“ fälschlicherweise immer wieder in den Mittelpunkt gestellt. Wenn es der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ aber um etwas NICHT geht, dann um materielle Dinge. Kein Mensch in Polen oder Tschechien muss um etwas fürchten. Wer wie die deutschen Heimatvertriebenen Vertreibung ächtet und dies in einem Zentrum dokumentieren will, der bedroht niemanden. Im Gegenteil: der versucht, Menschen vor dem zu bewahren, was man selbst erlitten hat. Wer der Stiftung nationalistische oder revanchistische Gelüste nachsagt und dabei ein reaktionäres Geschichtsbild unterstellt, hat nicht begriffen, dass er gerade durch solche Äußerungen und unüberlegte Polemik die Angst unserer östlichen Nachbarn vor Nationalismus und Revanchismus in Deutschland auf völlig überflüssige Weise hochkocht und statt Verbindungen Trennung schafft.

In solchen Debatten und Beiträgen wird dann häufig ein künstlicher Gegensatz von „nationaler“ und „europäischer“ Ausrichtung des Zentrums konstruiert und als Scheinargument gegen die Stiftung gerichtet. Gerade das Grundkonzept des „Zentrums gegen Vertreibungen“ macht die europäische Dimension deutlich, ja es geht sogar darüber hinaus. Das erkennt jeder, der sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzt. Der Dialog und die Einbeziehung der Nachbarvölker und ihrer ebenso schlimmen Schicksale sind für das Zentrum elementarer Bestandteil.

Man könnte glauben, dass diese Stiftung in aller Stille zur Überraschung insbesondere unseres polnischen Nachbarn geschaffen wurde, ja dass sie geschaffen wurde, Geschichte umzuschreiben. Das Gegenteil ist der Fall. Wenige Einrichtungen haben ihre Ziele und ihr Tun so offengelegt wie das „Zentrum gegen Vertreibungen“ von Anfang an. Von Anbeginn an haben die Initiatoren der Stiftung den Dialog mit unseren Nachbarstaaten gesucht.

Mit Datum vom 11. August 2000 – also noch vor der Eintragung der Stiftung am 6. September 2000 – wurde von mir als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen den Botschaftern von

*Der Dialog und die Einbeziehung der Nachbarvölker und ihrer ebenso schlimmen Schicksale sind für das Zentrum elementarer Bestandteil.*

Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, Ungarn, der Slowakei, der Russischen Föderation, der Tschechischen Republik und der Ukraine die gesamte Konzeption der Stiftung mit folgendem Begleitschreiben zugesandt:

„Exzellenz, der Bund der Vertriebenen hat sich vorgenommen, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten. Dieses von uns geplante Projekt soll auch dazu dienen, in konstruktivem Dialog mit den Nachbarvölkern die gemeinsame Vergangenheit aufzuarbeiten und daraus Friedenspotential für die Zukunft zu schaffen. Über das Trennende hinaus soll das Verbindende herausgearbeitet werden. Zu Ihrer Information übersende ich unsere Konzeption zum Zentrum gegen Vertreibungen, der Sie im Einzelnen entnehmen können, welche Ziele wir damit verbinden. Ich würde mich freuen, wenn diese Konzeption Ihr Interesse und darüber hinaus auch die wohlwollende ideelle Begleitung und Unterstützung Ihres Landes findet. Ich bitte Sie, Ihre Regierung entsprechend zu informieren. Es liegt uns sehr daran, dass das Zentrum zu einem friedlichen Miteinander der Völker in der Zukunft beiträgt“.

Darüber hinaus wurde auch der damalige Außenminister Polens, Herr Professor Bartoszewski, persönlich angeschrieben, ihm die Konzeption übersandt und um ein Gespräch gebeten. Mit einer Ausnahme (Russische Föderation) gab es keinerlei Antwort oder Reaktion zur Stiftung. Insbesondere nicht aus dem Land, wo heute die größte Aufregung herrscht, aus Polen. Es wurden keinerlei Bedenken angemeldet und auch kein Interesse bekundet.

Das ist äußerst bedauerlich und kann natürlich nicht zu einem fruchtbaren Dialog führen. Mittlerweile hat sich der öffentliche Diskurs in Polen in eine Sackgasse hineinmanövriert. Es ist sehr zu hoffen, dass sich das Klima wieder beruhigt. Die Stiftung ist nach wie vor offen für Gespräche und Mitarbeit.

Die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates mit Persönlichkeiten aus Polen, Tschechien, Italien, USA, Israel und Deutschland zeigt den internationalen Ansatz der Stiftung. Zum Wissenschaftlichen Beirat des „Zentrums gegen Vertreibungen“ gehören u.a. die Historiker Prof. Dr. Arnulf Baring, Prof. Dr. Guido Knopp und Prof. Dr. Lothar Gall, die Schriftstellerin Dr. Helga Hirsch, Prof. Dr. Rudolf Kucera aus Prag, Prof. Dr. Julius H. Schoeps vom Moses-Mendelssohn-Zentrum in Potsdam, Prof. Dr. Christoph Stölzl, Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Prof. Dr. Alfred Maurice des Zayas aus Grand Saconnex in der

Schweiz und Prof. Dr. Moshe Zimmermann vom Richard-Koebner-Center of German History der Hebrew University Jerusalem in Israel.

Berlin ist nach Auffassung des Beirates der richtige Standort. In Berlin begann die Gewaltherrschaft Hitlers, diese Stadt ist mit Anfang und Ende des Nationalsozialismus verbunden, diese Stadt musste die Spannungen des Kalten Krieges aushalten und in dieser Stadt haben die Menschen der DDR die Mauer, die unser Volk trennte, überstiegen und eingerissen. In dieser Stadt fanden innerhalb weniger Monate 1945 zwei Millionen deutsche Vertriebene erste Zuflucht. Berlin ist der richtige Ort für die Ächtung von Genozid und Vertreibung. Deshalb wird hier, und nicht in Sarajewo oder sonst wo die Stiftung arbeiten. Jede ähnliche Einrichtung, wo immer sie auf diesem Erdball entsteht, ist zu begrüßen. Sollte sich der Europarat des Themas Vertreibung endlich auch annehmen, dann ist das umso besser.

Wenn sich eine Gruppe des Themas Vertreibung angenommen hat und dabei immer wieder Dialog und Versöhnung ermöglicht hat, dann ist es mit Sicherheit die Evangelische Kirche in Deutschland. Dafür steht insbesondere der Beauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Aussiedler- und Vertriebenenfragen, Diakoniepräsident i.R. Dr. theol. hc Karl Heinz Neukamm. Er erinnert daran, wie unverzichtbar das Gebet in Zeiten grausamer Vertreibungen für Menschen war und auch heute noch ist.

Wir brauchen und wir wollen ein versöhntes Europa, in dem die Völker friedvoll miteinander leben können. Unsere europäischen Völker leben bewusst oder unbewusst auf einem gemeinsamen kulturellen Fundament. In schöpferischem Geist erwachsen über die Jahrhunderte Musik, Literatur, Philosophie, Baukunst und Malerei. Die Menschen unseres Kontinents verbindet unendlich viel mehr als sie trennt, trotz der Verwerfungen des 20. Jahrhunderts.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind eng miteinander verwoben für unsere Völker. Der Schriftsteller Günter Grass und der polnische Journalist Adam Michnik haben in großer Einigkeit festgestellt, dass historische Versöhnung nicht stattfinden kann, wenn düstere Kapitel der Vergangenheit tabuisiert werden. Dazu gehört die Vertreibung von Menschen, dazu gehört der Genozid an Völkern. Wir müssen uns unserer Vergangenheit gemeinsam stellen, der guten und der schwierigen, um eine auf Dauer friedvolle und fruchtbare Zukunft zu gewinnen. Dazu will das „Zentrum gegen Vertreibungen“ beitragen.

*Berlin ist der richtige Ort für die Ächtung von Genozid und Vertreibung.*

# Herausforderung Islam – Sind wir darauf vorbereitet?

Dr. Christine Schirrmacher

Fast könnte es so scheinen, als ob viele Menschen in Deutschland das Thema „Islam“ erst richtig wahrgenommen haben, nachdem die Terroranschläge am 11. September 2001 die westliche Welt erschütterten. „Terror“ und „der Westen“ waren im Denken vieler Menschen zwei getrennte Welten; Terror schien weit weg, in Afrika, in Algerien oder allenfalls im Nahen Osten zu Hause zu sein. Seit den Flugzeugangriffen des „nine eleven“ – wie dieser Tag im Amerikanischen häufig genannt wird – und den nachfolgenden, in Europa zum größten Teil durch Sicherheitskräfte vorzeitig aufgedeckten, aber in anderen Teilen der Welt mehrfach zum Erfolg gekommenen Anschlägen hat sich dieses Bild gewandelt.

Für die Existenz eines extremistischen Islam und sein Bedrohungspotential ist das allgemeine Bewusstsein größer geworden. Aber hat damit auch das Wissen über den Islam an sich zugenommen?

Der extremistische Islam stellt zwar ein spektakuläres, Furcht einflößendes, bedrohliches, aber eben zahlenmäßig doch nur kleines Spektrum innerhalb des Islam dar. Es wird daher nicht genügen, sich nur mit dem islamischen Extremismus zu beschäftigen – so dringlich unser Augenmerk auf dieses Spektrum auch gerichtet sein muss. Es gilt, den Islam nach seinem eigenen Selbstverständnis und in seiner ganzen Bandbreite, seiner theologischen Vielfalt, seiner unterschiedlichen Zielsetzung, seiner in Deutschland vorherrschenden Ausprägung und seiner internationalen Verflechtung – und nicht nur nach einem imaginären Wunschbild – wahrzunehmen. Nur dann werden die westlichen Gesellschaften in der Lage sein, der Herausforderung Islam angemessen zu begegnen.

Sind wir also zu einer sachlichen, sachkundigen und ausgewogenen Debatte über und mit dem Islam und seinen Vertretern und Meinungsbildnern bereit? Sind wir dazu überhaupt in der Lage?

## WISSEN ÜBER DEN ISLAM – ALLES KEIN PROBLEM?

Dass am Anfang die Information stehen muss, klingt fast schon zu selbstverständlich, um eine eingehendere Begründung zu verlangen. Dennoch scheint es so, als ob schon diese grundlegende Voraussetzung zum gegenseitigen Verständnis viel zu lange vernachlässigt worden ist. Muslime leben doch keinesfalls erst seit dem 11. 9. 2001 in Europa und sind auch nicht über Nacht unerwartet nach Deutschland eingewandert. Schon 1961 – also vor über 40 Jahren – wurden die ersten Anwerbeverträge mit türkischen Arbeitnehmern geschlossen. Seitdem ist nach einem 1973 erlassenen Anwerbestopp durch Familienzusammenführungen, durch eine im Vergleich zur deutschen Gesellschaft überproportionale Geburtenrate sowie Flüchtlinge und Asylbewerber aus unterschiedlichen Ländern die Zahl der Muslime in Deutschland kontinuierlich auf etwa 3,2 Mio. Menschen angestiegen. Zu den über 2 Mio. Menschen türkischer Herkunft, die den Islam in Deutschland türkisch prägen, gehören auch eine größere Gruppe Kurden und andere türkischstämmige Minderheiten. Zu rund 150.000 bisher noch nicht rückgeführten Bosniern kommen mehrere Hunderttausend Araber aus den unterschiedlichsten Nationen (Marokkaner, Tunesier, Ägypter u.a.) sowie über 100.000 Iraner, die vor allem in den 80er Jahren vor den verheerenden Auswirkungen der Iranischen Revolution und des iranisch-irakischen Krieges 1980 – 1988 geflüchtet sind.

Die Hauptgruppierung in theologischer Hinsicht stellen in Deutschland die Sunniten (auch die Hauptgruppierung innerhalb des weltweiten Islam) mit rund 2,6 Mio. Menschen dar, gefolgt von etwa 600.000 Schiiten (Islamarchiv Soest). Dazu gehören auch rund 400.000 Aleviten, vor allem aus der Türkei und Syrien, sowie weitere rund 50.000 Anhänger der Ahmadiyya-Bewegung, die von den meisten anderen Muslimen als „Sektierer“ verurteilt werden, die sich aber selbst als strenggläubige Muslime betrachten und im Moscheebau in Deutschland sehr aktiv sind. Vielleicht 600.000 Muslime besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, dazu gehören auch rund 10. – 12.000 deutschstämmige Konvertiten.



*Sind wir also zu einer sachlichen, sachkundigen und ausgewogenen Debatte über und mit dem Islam und seinen Vertretern und Meinungsbildnern bereit? Sind wir dazu überhaupt in der Lage?*

Soweit die reine Statistik. Ist aber der Islam in dieser Vielfalt in unserer Gesellschaft schon wahrgenommen worden? Was verbirgt sich hinter der nüchternen Etikettierung „Sunniten“, „Schiiten“, „Aleviten“? Alle diese theologischen Gruppierungen, die teilweise mit ethnischen Zugehörigkeiten übereinstimmen, besitzen ihre eigene Sichtweise von Staat und Demokratie, vom Leben in einer säkularen, postmodernen Gesellschaft und sind der Sharia, der Gesamtheit des islamischen Gesetzes – wozu das Strafrecht, das Zivilrecht, aber auch Bestimmungen zu Moral und Religionsausübung gehören – in unterschiedlichem Maß verpflichtet.

### ENTWICKLUNGSWANDEL UNTER DEUTSCHEN MUSLIMEN

*Ein „Außenkontakt“ mit der deutschen Gesellschaft ist nur noch vereinzelt erforderlich und wird dann nicht selten als feindlich erlebt.*

Während die erste Generation der „Gastarbeiter“ in Deutschland selbst das erklärte Ziel hatte, nach einigen Jahren des Gelderwerbs mit bescheidenem Wohlstand in die Heimat zurückzukehren, änderten sich später diese Pläne – mitbedingt durch eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei – und die zweite und dritte Generation der „Gastarbeiterkinder“ wuchs in Deutschland heran. Spätestens in den 80er Jahren wäre absehbar gewesen, dass die meisten dieser Menschen in Deutschland bleiben werden. Aber selbst dort, wo diese Entwicklung absehbar war, schien die deutsche Gesellschaft nur allzu selbstverständlich davon auszugehen, dass sich diese Menschen an die westliche, säkulare Gesellschaft anpassen, ihre religiös-ethnischen Bezüge mit der Zeit aufgeben und sich „assimilieren“ würden – heute liegt offen zutage, dass dies nicht geschehen ist, ja, dass längst eine umgekehrte Entwicklung eingesetzt hat:

#### Zwei Beispiele:

##### 1) In Deutschland aufgewachsene Kinder – und doch ohne Sprachkompetenz –

Noch immer werden ausländische – insbesondere türkische und arabische – Kinder in die erste Grundschulklasse eingeschult, die kein Deutsch beherrschen, weil sie in einem rein türkischen oder arabischen Umfeld aufgewachsen sind. Das hat vor allem seinen Grund darin, dass in Deutschland aufgewachsene türkische Muslime häufig eine Verwandte aus der Türkei heiraten (als besonders vorteilhaft gilt die Heirat einer Cousine). Die auch in Deutschland von Immigranten teilweise

streng beachtete und im Islam tief verwurzelte Geschlechtertrennung und die islamisch-nahöstlichen Anstandsregeln, die die Frau nach traditionellem Verständnis sehr stark auf das Haus begrenzen, während der Ehemann und Familienvater alle notwendigen Außenkontakte – teilweise sogar die Einkäufe – wahrnimmt, hat zur Folge, dass diese in Deutschland verheirateten Frauen nie einen Deutschkurs besuchen oder Kontakt zur deutschen Bevölkerung aufbauen werden. Hinzu kommt, dass viele dieser Zuwanderer bevorzugt Stadtteile mit muslimischer Bevölkerung wählen, so dass in immer mehr Großstädten ein „Klein-Istanbul“ entsteht, in dem der türkische Friseur, Bäcker, Ladenbesitzer und – nicht zuletzt – die Moschee alle sozialen Funktionen abdecken. Ein „Außenkontakt“ mit der deutschen Gesellschaft ist nur noch vereinzelt erforderlich und wird dann nicht selten als feindlich erlebt.

Eine mangelhafte Sprachbeherrschung der jungen Muslime der zweiten und dritten Generation führt jedoch schon jetzt dazu, dass ihr Anteil an Schulabgängern ohne Schulabschluss, an Sonderschulabgängern und Hauptschülern eklatant höher ist als das ihrem Anteil an der deutschen Gesellschaft entsprechen würde. Welcher Zukunft gehen diese jungen Menschen entgegen, besonders angesichts der gegenwärtigen düsteren Arbeitsmarktprognosen? In ihrem Herkunftsland ebenso fremd wie in Deutschland und mit mangelhafter Sprachkompetenz in beiden Sprachen scheint es für sie kaum Zukunftsperspektiven zu geben.

Die Diskussion über ein Pflichtvorschuljahr für Migrantenkinder zum Spracherwerb ist ein Schritt in die richtige Richtung, ja, längst überfällig. Während in Deutschland – fast möchte man sagen: typisch deutsch – die „Leitkulturdebatte“ heftige Reaktionen hervorrief, ist anderen Einwanderungsländern längst klargeworden, dass Integration, berufliches Fortkommen und eine gesunde Identifizierung mit dem Einwanderungsland und seinem Rechtssystem mit einem fundierten Spracherwerb beginnt und ohne diesen eben nicht vorstellbar ist.

##### 2) Rückzug in Moschee und Familie

Erkennbar ist auch, dass der Islam als Religion eher an Anziehungskraft gewonnen denn verloren hat. Von einem viel beschworenen „Abschleifen“ der Religion in

der zweiten und dritten Generation kann heute keine Rede mehr sein. Sicher gibt es die „säkularisierten“ Muslime, die den gleichen Freizeitvergnügungen nachgehen wie deutsche Jugendliche, aber aufs Ganze betrachtet, ist der Islam unter Immigranten eine lebendige Religion geblieben. Nicht indem vielleicht jede einzelne islamische Glaubensvorschrift in jeder Familie detailgenau beachtet wird, aber doch so, dass der Islam Rückhalt und Identität bietet. Religion und Tradition werden z. T. intensiver gepflegt als in der Heimat, oder die jungen Menschen der zweiten und dritten Generation wenden sich – nachdem ihre Eltern einen verhältnismäßig aufgeklärten Islam gelebt haben – ihrerseits wieder einer strikten Befolgung der islamischen Vorschriften (einschließlich des Kopftuchtragens und Fastens) zu.

In vielerlei Umfragen betonen muslimische Jugendliche, dass sich eine Mehrheit von ihnen von der deutschen Gesellschaft nicht nur nicht akzeptiert, sondern regelrecht an den Rand gedrängt und diskriminiert fühlt. Jugendstudien wie die bekannte „Shell-Jugendstudie“ belegen, dass Muslime und (deutsche) Nichtmuslime in ihren Kontakten und Freundschaften weitgehend unter sich bleiben und Kultur übergreifende Freundschaften immer noch eher die Ausnahme als die Regel sind. So ist nicht nur der Islam der deutschen Mehrheitsgesellschaft fremd geblieben, sondern auch die deutsche Gesellschaft vielen Muslimen. Sie leben nicht mehr in der Türkei, aber sie sind in Deutschland nicht wirklich angekommen, weder sprachlich, noch emotional, noch, was ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft betrifft. Wenn zur drohenden Erfolglosigkeit in der Schullaufbahn und Erfahrungen der Ablehnung dann noch eine Anbindung an eine Moschee tritt, die eher Distanz und Rückzug von der deutschen Gesellschaft predigt und den türkischen Nationalismus und den Islam als Identität vermittelt, dann scheinen diese Jugendlichen für eine gelungene Integration und ihre Bereitschaft zur Öffnung fast schon verloren zu sein.

Nur eine vertiefte Kenntnis des Islam und der gegenwärtigen Entwicklungen unter Muslimen in Deutschland – einschließlich der Kenntnis über kulturelle Besonderheiten wie z. B. Familienwerte – werden uns in die Lage versetzen, fundiert über eine mögliche Lenkung dieser Entwicklungen nachdenken zu können. Nur so wird ver-

hindert werden können, dass Entwicklungen immer erst dann wahrgenommen werden, wenn für die deutsche Gesellschaft längst eine Bedrohung entstanden ist (vgl. die jüngsten Ereignisse um die King Fahd-Akademie in Bonn oder das gerichtliche Tauziehen um die Ausweisung des „Kalifen von Köln“). Es geht dabei jedoch nicht nur darum, das Weltbild einiger gewaltbereiter Extremisten kennen zu lernen, sondern Denken, Glauben und Leben der muslimischen Minderheit als solche zu verstehen. Solange in Schulen und Berufsbildungsanstalten so wenig Wissen über grundlegende nahöstlich-muslimisch kulturelle Werte wie z. B. das Konzept von „Ehre und Schande“ oder die Rolle der Frau vorhanden ist, werden sich verzweifelnde Lehrerinnen fragen, warum ein männlicher Schüler sich von ihr nichts sagen lassen will, warum der ältere Bruder diesen Schüler womöglich besser unter Kontrolle hält als sie oder warum nach einem Klassenausflug ein aufgeklärt und modern wirkendes türkisches Mädchen plötzlich Hals über Kopf aus der Schule genommen und in die Türkei (zwangs-)verheiratet wurde.

Nur aus einem vertieften Verständnis des Islam als Religion und gesellschaftlicher Ordnung heraus werden westliche Gesellschaften in der Lage sein, religiös-gesellschaftliche Freiheiten und Grenzen für sich selbst ebenso zu definieren wie sie für religiöse Minderheiten abzustecken – von denen einige eine politische Agenda im Gepäck haben.

### GRENZEN DER RELIGIONSFREIHEIT?

Ausgehend von einer differenzierten Kenntnis der nahöstlich-muslimischen Kultur wird dann auch eine fundierte, nüchterne Bestandsaufnahme der eigenen, westlichen Kultur möglich sein. Diese Bestandsaufnahme ermöglicht die Vergewisserung im Konsens, welche Forderungen anderer Religionsgemeinschaften denn bereitwillig erfüllt werden können, weil sie unter das Thema „Religionsfreiheit“ fallen und welche Forderungen Werte der westlichen Gesellschaft in Frage stellen, die sie erst gestern mühsam erkämpft hat und eigentlich als große Errungenschaft betrachtet (wie z. B. die Gleichberechtigung der Geschlechter). Darin liegt ja nun gerade eine Besonderheit des Islam, dass er nach seinem eigenen Selbstverständnis nicht nur Religion, sondern auch gesell-

*Nur aus einem vertieften Verständnis des Islam als Religion und gesellschaftlicher Ordnung heraus werden westliche Gesellschaften in der Lage sein, religiös-gesellschaftliche Freiheiten und Grenzen für sich selbst ebenso zu definieren wie sie für religiöse Minderheiten abzustecken – von denen einige eine politische Agenda im Gepäck haben.*

schaftlich prägende Kraft – und nach der Auffassung islamistischer Kräfte – und politisches System sein möchte. Islamisten werden daher immer danach trachten, die bestehende Ordnung in eine Ordnung umzugestalten, in der das islamische Gesetz (die Sharia) Gültigkeit erhält. Aus diesem Blickwinkel sind die höchststrichterlich erzwungenen Urteile zum Schächten, zum Kopftuchtragen oder zum Lautsprecher verstärkten Gebetsruf zu betrachten. Auch muss das Bestreben in diesen Kontext eingeordnet werden, möglichst große Moscheezentren mit multifunktionalen Räumlichkeiten und der Versuch, einer Moschee ein möglichst hohes Minarett anzufügen – das schon in mehreren Städten in der Ausführung um etliche Meter höher „geriet“ als die Baugenehmigung vorsah, aber meines Wissens in keinem Fall abgetragen werden musste. Nicht wenige Menschen scheinen hierzulande Sorge zu tragen, dass der Islam auf ihre Konversion zum Islam hinarbeite. Selbstverständlich ist der Übertritt von Nichtmuslimen zum Islam ein erwünschter Effekt, keinesfalls aber die Hauptstoßrichtung von islamistischer Seite.

*Auch hier geht eine Diskussion über den Begriff der „Toleranz“ ohne vertiefte Islamkenntnis leicht in die falsche Richtung: Was wird innerhalb des Islam unter „Toleranz“ verstanden? Nun, ganz gewiss keine gleichberechtigte Anerkennung einer anderen Religion.*

## **GLEICHER BEGRIFF = GLEICHE INHALTE?**

Wie wenig entwickelt das Wissen über den Islam und seine Auffassungen über bestimmte theologische, rechtliche und kulturelle Belange ist, zeigen auch Diskussionen, in denen über dieselben Begrifflichkeiten gestritten wird, mit denen aber im jeweils anderen religiös-kulturellen Kontext unterschiedliche Inhalte verbunden werden.

### **1) Die Menschenrechtsfrage**

Da ist die z. B. die derzeit etwas in den Hintergrund getretene Menschenrechtsdiskussion. Wie oft haben muslimische Organisationen betont, dass der Islam nicht nur die Menschenrechte achte, sondern sogar umfangreichere Menschenrechtskataloge formuliert habe als der Westen und eigentlich der „Urheber“ aller Menschenrechte sei. Dabei wird bei einem zweiten Blick auf die Inhalte der Menschenrechtserklärungen im westlichen und islamischen Kontext offensichtlich, dass alle islamischen Menschenrechtserklärungen als Präambel die Sharia über jegliche Menschenrechte stellen. In praktischer Anwendung bedeutet das, dass ein Apostat keinerlei Menschenrechte mehr einfordern kann, da er nach den Bestim-

mungen der Sharia ein todeswürdiges Verbrechen begangen hat und daher keine Religionsfreiheit oder anderweitige Menschenrechte mehr beanspruchen kann. Beim Abfall vom Islam endet das Recht auf Religionsfreiheit und Menschenrechte nach ganz überwiegender Meinung muslimischer Theologen – diese Tatsache muss einfach beim Namen genannt werden. Hier liegen die wirklichen Diskussionspunkte zwischen westlichem und islamischem Menschenrechtsverständnis und nicht in der vordergründigen Diskussion, ob der Islam überhaupt irgendwelche Menschenrechte kenne. Nur aus einer vertieften Kenntnis der Religion, Kultur und des Rechtssystems des Islam werden solche Diskussionen im breiteren Rahmen und öffentlichen Raum überhaupt geführt werden können.

### **2) Die Toleranzfrage**

Ein anderes Beispiel ist die Frage der Toleranz und des Toleranzbegriffs. Dass der Islam das Christentum akzeptiere, Christen den Islam jedoch nicht, ist ein häufig geäußerter Vorwurf muslimischer Apologeten. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass muslimische Eroberer – im Gegensatz zu den christlichen Kirchen und Kreuzzögern – Christen nicht vor die Wahl der Bekehrung zum Islam oder des Todes gestellt hätten. Und auch ganz grundsätzlich, so die Argumentation, erkannten Muslime Jesus Christus als geachteten Propheten und das Alte und Neue Testament als Offenbarungen an, während Christen sowohl Muhammad als auch dem Koran ihre Anerkennung verweigerten. Auch hier geht eine Diskussion über den Begriff der „Toleranz“ ohne vertiefte Islamkenntnis leicht in die falsche Richtung: Was wird innerhalb des Islam unter „Toleranz“ verstanden? Nun, ganz gewiss keine gleichberechtigte Anerkennung einer anderen Religion. Schon aus dem Koran wird deutlich, dass Muhammad ab 610 n. Chr. zwar um die Anerkennung und Anhängerschaft der Christen (und Juden) warb, er den christlichen Glauben, als sie ihm die Christen seiner Zeit ihre Nachfolge verweigerten, jedoch in seinen letzten Lebensjahren immer mehr als Gotteslästerung und die christliche Offenbarung als verfälscht betrachtete. Ja, Christen durften in islamisch eroberten Gebieten in der Regel ihren Glauben behalten. Aber sie wurden zu Unterworfenen (arab. dhimmis – Schutzbefohlenen), die steuerlich für ihren

„Unglauben“ bezahlten und mancherlei rechtliche Benachteiligungen, Diskriminierungen bis hin zu Verfolgung und Tod erdulden mussten.

Ja, der Koran bezeugt das Alte und Neue Testament als Offenbarungen Gottes, und Jesus ist ein geachteter Prophet im Koran. Aber er wird nur als „Verkünder des Islam“ geachtet, als Vorläufer Muhammads, der nur ein Mensch ist und für niemand Erlösung erwirkte. Von den Christen, so die islamische Position, wurde Jesus fälschlicherweise als Gottessohn verehrt und sie verdrehten damit seine „ursprünglich islamische“ Botschaft ganz und gar. Die christliche Offenbarung als solche genießt als „verfälschte Schrift“ also nur wenig Achtung im Islam und die Person Jesu, wie sie im Alten und Testament dargestellt wird, ebenso wenig.

Bedenklich stimmt, dass manche muslimischen Organisationen schon heute darauf drängen, dass nichts „Negatives“ mehr über den Islam veröffentlicht werden dürfe, da dies Diskriminierung bedeute – mit anderen Worten, alles, was nicht aus muslimischer Sicht geschrieben wurde, ist zu unterbinden (eine Entwicklung, die z. B. in Großbritannien durch islamische Lobbyarbeit weitaus mehr fortgeschritten ist). Der Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist der den Christen aus islamischer Sicht zukommende dhimma-Status, der des Schutzbefohlenen, der dem Islam unterstellt und dem islamischen Gesetz unterworfen ist. Hier wird es ganz wesentlich daran liegen, wie „wach“ die westliche Gesellschaft diese Entwicklung verfolgt und in welchem Maß sie bereit ist, ihre mühsam erkämpfte Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen.

### 3) Die Frauenfrage

Ein weiteres Beispiel ist die häufig zitierte Stellung der Frau. Auch hier würde eine vertiefte Kenntnis des Islam zu einer besseren Ausgangslage in der Diskussion und letztlich zu mehr Ehrlichkeit über die wirklich strittigen Punkte führen. Muslimische Apologeten betonen, dass die Frau im Islam gleichberechtigt vor Gott sei, ja, dass der Islam der Frau die wahre Würde, Freiheit, Schutz und Respekt verleihe. Aus westlicher Sicht ist eine Frau mit Kopftuch und Mantel ein „unterdrücktes Wesen“. Was ist nun richtig?

Ja, der Koran spricht davon, dass Mann und Frau vor Gott gleich erschaffen wurden, ohne dass er einen Hinweis darauf gäbe, dass die Frau ein Wesen von „minderem Wert“ sei.

Gleichzeitig spricht der Koran – und noch viel deutlicher die islamische Überlieferung – von der unterschiedlichen Aufgabenteilung für Mann und Frau, aus der unterschiedliche Rechte abgeleitet werden, ja, die rechtliche Benachteiligung der Frau festgeschrieben wird. Sie ist rechtlich benachteiligt im Erbrecht (sie erbt nur die Hälfte), im Zeugenrecht (ihre Aussage gilt nur halb so viel wie die Aussage eines Mannes), im Eherecht (für sie ist die Scheidung erschwert, in einigen Ländern fast unmöglich; dem Ehemann ist in den meisten Ländern die Polygamie erlaubt). Eine überall anerkannte Grundlage des islamischen Eherechts ist die Gehorsamspflicht der Ehefrau und das Erziehungsrecht des Mannes ihr gegenüber, das ihr verbietet, gegen seine Einwände selbst bestimmte, eigenständige Entscheidungen zu treffen (das Haus zu verlassen, Kontakte zu Personen zu unterhalten, die er nicht billigt u. ä.). Zollt sie ihm diesen Gehorsam nicht, darf er nach Meinung der überwiegenden Zahl der Theologen nach Sure 4,34 zum Mittel der Züchtigung greifen.

Es ist daher viel eher dieses Eherecht (Polygamie, Gehorsamspflicht, Züchtigung, Erbrecht) – das in der islamischen Welt ganz überwiegend konservativ aufgefasst wird – (die Türkei bildet eine gewisse Ausnahme), das deutschen Rechtsauffassungen viel mehr entgegensteht als ein Kleidungsstück. Aber diese strittigen „Frauenfragen“ sind bisher noch zu wenig öffentlich thematisiert worden.

Gleichen Begriffen liegen nicht unbedingt gleiche Inhalte zugrunde. Diese kulturell-religiösen Inhalte ergeben sich vielmehr aus dem spezifisch kulturell-religiös-politischen Zusammenhang, in dem sie entstanden sind. Begriffe wie „Toleranz“ und „Gleichberechtigung“ können eben nicht – ihrer christlichen Wurzeln beraubt – auf andere Kulturen und Religionen problemlos übertragen werden und dann wie selbstverständlich auch gleiche Inhalte bieten.

Aus einer vertieften Sicht des Islam heraus würde auch eine realistischere eigene Standortbestimmung möglich sein. Dann würde unsere Gesellschaft – einschließlich der Kirchen – auch deutlicher erfassen, unter welchem Blickwinkel der Islam die westliche Gesellschaft und das Christentum betrachtet. Dann könnten theologische Diskussionen hinauskommen über oberflächliche Debatten über die „abrahamitischen Religionen“, sondern mit entsprechend vertieftem Wissen über die „andere“ Religion über die wirklich

*Bedenklich stimmt, dass manche muslimischen Organisationen schon heute darauf drängen, dass nichts „Negatives“ mehr über den Islam veröffentlicht werden dürfe, da dies Diskriminierung bedeute – mit anderen Worten, alles, was nicht aus muslimischer Sicht geschrieben wurde, ist zu unterbinden.*

kniffligen Punkte sprechen – z. B. die Frage des Gottesbildes, der Offenbarung, der Koranentstehung oder der Frage, warum der Islam beansprucht, schon vor dem Christentum existiert zu haben und Adam als Verkünder des Islam zu betrachten.

## MUSLIME ERWARTEN ANTWORTEN

Der Islam ist zu einer gewaltigen Herausforderung für Staat, Gesellschaft und Kirche geworden. Muslime wie islamische Führer und Organisationen erwarten von der deutschen Gesellschaft fundierte Antworten. Sie erwarten keine Abgrenzungen auf mitmenschlicher Ebene und keine Diskriminierung und sollten sie von unserer Gesellschaft auch nicht erfahren. Diese Gesellschaft hat keine „muslimische Invasion“ erlebt, sondern es leben heute Muslime als ihre Mitmenschen unter ihnen, die sie selbst gebeten haben, zu ihnen zu kommen und hier zu leben und zu arbeiten.

Muslime erwarten auch eine theologische Antwort, um das Christentum als ernstzunehmenden Gesprächspartner klarer erkennen zu können. Keine Antwort, die ohne tiefergehende Beschäftigung mit dem Islam von vorneherein von gleichen Inhalten beider Religionen ausgeht und sich weigert, alle auftauchenden Unterschiede aus beiden Texttraditionen überhaupt wahrzunehmen. Muslime sind in aller Regel ganz und gar nicht der Ansicht, dass der Islam und das Christentum „dasselbe“ sind und vertreten. Christliche Standpunkte und Werte, von Christen in Kirche und Gesellschaft vertreten, wären aus muslimischer Sicht eine nicht näher zu begründende Selbstverständlichkeit und würden Achtung und Respekt verlangen – wie es umgekehrt im Islam auch der Fall ist. Ein falsch verstandenes, theologisches

„sich Anbietern“ wird von vielen Muslimen auch als solches verstanden – und häufig verachtet.

Die Mehrzahl der Muslime, die in Deutschland unpolitisch denkt und lebt und sich große Sorgen macht um die Rechte, die islamistische Gruppen Stück für Stück mit Erfolg einfordern, erwarten eine Antwort vom deutschen Staat, dessen Aufgabe es ist – aus einer vertieften Kenntnis des Islam – zu einer vernünftigen Grenzziehung gegenüber politischen Kräften zu kommen. Es darf keinen doppelten Rechtsstandard geben – bei der Stellung der Frau oder der Ankerkennung der Vielehe etwa – denn nur eine Verständigung auf eine gemeinsame Rechts- und Werteordnung wird den Erhalt unseres Staates auf Dauer garantieren können. Es lohnt sich, für diese gemeinsamen Werte menschlich freundlich und inhaltlich eindeutig zu streiten und zu kämpfen und die Grundlagen von Gesellschaft, Kirche und Staat zu verteidigen.

Anm.:

*Dr. Christine Schirrmacher ist wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Islamfragen (IfI) der Lausanner Bewegung Deutschland.*

Informationen zum Thema Islam erhalten Sie u. a. über:

- Die Webseite [www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de) mit Artikeln (deutsch und englisch) und „Aktuellen Meldungen“, übersetzt aus arabischen Medien.
- Die zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift des Instituts „Islam und Christlicher Glaube“ (deutsch/englisch): Probeheft über IfI Postfach 74 27 53074 Bonn Fax 02 28/9 65 03 89 email: [christine.schirrmacher@islaminstitut.de](mailto:christine.schirrmacher@islaminstitut.de).



Seit Dezember 2002 haben insgesamt 391 Leserinnen und Leser 18.170,41 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

**Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

### Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:**

Internet: [www.evangelischer-arbeitskreis.de](http://www.evangelischer-arbeitskreis.de)

*Die Mehrzahl der Muslime, die in Deutschland unpolitisch denkt und lebt und sich große Sorgen macht um die Rechte, die islamistische Gruppen Stück für Stück mit Erfolg einfordern, erwarten eine Antwort vom deutschen Staat, dessen Aufgabe es ist – aus einer vertieften Kenntnis des Islam – zu einer vernünftigen Grenzziehung gegenüber politischen Kräften zu kommen.*

## Aus unserer Arbeit

### *Peter Hahne beim Jahresempfang des EAK der CSU*

Dem EAK der CSU war auf seinem Jahresempfang in Nürnberg der große Coup gelungen: Peter Hahne, bekannt aus Funk und Fernsehen, kam, sah und siegte! Rund 400 Besucher, darunter viel Prominenz, unter anderem auch der Bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein, lauschten dem zweistündigen, aber nichtsdesto-trotz kurzweiligen Vortrag Hahnes zum Thema „Deutschland, deine Werte – zwischen Spassgesell-

schaft und Zuschauerdemokratie“. Ausgehend von der Krise, in die der 11. September die westlichen Gesellschaften gebracht hat, spannte der beliebte Fernsehmoderator und Evangelische Theologe einen großen Bogen zu den wichtigen Wertefragen unserer heutigen Zeit. Mit viel Humor, Fröhlichkeit und guter Laune thematisierte er viel Menschliches und bisweilen Allzu-Menschliches in Politik und Gesellschaft und übte dabei substantielle Kritik an den wertemäßigen Verfallserscheinungen und Defiziten in unserem Land. Hahne machte deutlich, dass die Rückbesinnung auf den lebendigen und gewissenmachenden christlichen Glauben und die Frage nach den Werten in un-

serer Gesellschaft unmittelbar zusammengehörten. Nach seiner Rede nahm sich Hahne noch viel Zeit, mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen.



*v. l. n. r.: Melanie Liebscher, Christian Meißner, Dr. Ingo Friedrich, Peter Hahne, Joachim Herrmann, Harald Häßler*

Foto: Hans-Thomas von Albert

### Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 6. 10. 2003

## Keine Euthanasie in Europa!

**Angesichts der bevorstehenden Abstimmung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über den Bericht des Ausschusses für soziale Fragen, Gesundheit und Familie erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

**„Aktive Sterbehilfe ist mit der Würde des Menschen unvereinbar und darum grundsätzlich abzulehnen.**

Die im Ausschussbericht des Europarates genannten Vorschläge zur Euthanasie unterlaufen den unbedingten Schutz des menschlichen Lebens und bedeuten eine Abkehr von der Empfehlung 1418 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 25.06.1999. Dort bekannte sich der Europarat eindeutig zur unverletzlichen Würde jedes Menschen und zum Verbot der absichtlichen Tötung todkranker oder sterbender Personen.

Nun aber soll unter dem Deckmantel eines falsch verstandenen Autonomie- und Freiheitsverständnisses der Mensch am Ende des Lebens zu einer nutzlosen und zu entsorgenden Verfügungsmasse seiner selbst oder Dritter gestempelt werden. Diese menschenunwürdige Logik widerspricht in eklatanter Weise nicht nur der christlichen Überzeugung, dass das Leben eine der letzten Verfügbarkeit des Menschen entzogene Gabe Gottes ist, sondern auch dem ärztlichen Ethos. Aus dem medizinischen und ethischen Auftrag zur Lebensrettung und Leidensverminderung würde durch die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ein Freibrief zur Lebensvernichtung und Beseitigung des leidenden Menschen.

Die Praxis in den Niederlanden und in Belgien belegt bereits in erschreckender Weise, wie kurz die Strecke zwischen dem so genannten Recht auf „Selbstbestimmung“ und der Praxis der fremdbestimmten Tötung nicht einwilligungsfähiger bzw. einwilligungseingeschränkter Patienten tatsächlich ist. Der leidende Mensch gehört nicht einfach abgeschafft und entsorgt, sondern human gepflegt, begleitet und versorgt. Wir haben hier einen riesigen Nachholbedarf an bester palliativmedizinischer und hospitaler Versorgung, aber nicht an Todesspritzen! Der Wert der Menschenwürde einer Gesellschaft misst sich immer an ihrem Umgang mit ihren schwächsten und hilflosesten Gliedern. Eine Abkehr von der bisherigen Beschlussfassung des Europarates wäre darum unverantwortlich und verhängnisvoll. Der EAK fordert deshalb die deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung auf, einem solchen Kurswechsel des Europarates nicht zuzustimmen.“

## „Luther“ – der Film

*Zum ersten Mal seit langer Zeit gibt es jetzt nun wieder einen neuen Film über den großen Reformator!*



Pünktlich, kurz vor dem Reformationstag, am 30. Oktober, startete der neue Lutherfilm von Eric Till (Bonhoeffer – Die letzte Stufe, 2000) mit einem beeindruckenden Staraufgebot. Diese internationale Produktion, die mit großem Aufwand in drei Ländern (Deutschland, Italien und Tschechien) ge-

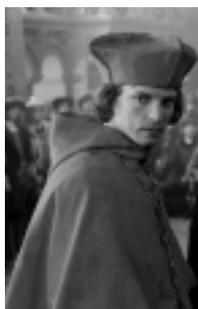
dreht wurde und – nach Angaben der Produktionsfirma – den historischen Fakten ein unterhaltsames, authentisches und menschliches Gesicht zu verleihen sucht, darf als gänzlich gelungen bezeichnet werden.

Die Titelrolle spielt Joseph Fiennes, der mit seiner gleichzeitig jugendlich-dynamischen, heldenhaften und melancholischen Art, einen zeitgemäßen und charismatischen Zugang zur Person Luthers eröffnet. Dies ist sicherlich auf den ersten Blick gewöhnungsbedürftig. Vergleicht man nämlich Joseph Fiennes Darstellung mit Lutherdarstellungen in früheren Verfilmungen, so fällt natürlich zunächst die gewisse „physiognomische Unähnlichkeit“ zu den überlieferten historischen Bildern und Porträts auf. Dennoch wird nicht nur das heroische Moment in der Figur Luthers durch ihn überzeugend verkörpert, sondern auch dessen zweifelnder, angefochtener und grüblerischer Charakter. „Wir wollten einen Schauspieler“, erklärt der amerikanische Executive Producer Dennis Clauss, „der ebenso gewöhnlich wie charismatisch sein kann, ebenso schüchtern wie herausfordernd, ebenso verspielt wie intensiv. Und nicht zuletzt sollte es jemand sein, der die jungen Leute anspricht.“ Hierin liegt womöglich in der Tat ein Gewinn. Der Luther, den Fiennes verkörpert, steht nicht als starrer, stereotyper und übermenschlicher Heros dar, sondern als Mensch mit all seinen Höhen und Tiefen.

Bereits an der Auswahl des Hauptdarstellers zeigt sich somit ein Gütesiegel des gesamten Filmes: das rechte Verhältnis zwischen historischer Wahrhaftigkeit bzw. Detailtreue und künstlerischer Freiheit, die ihn zu einer sowohl informativen als auch unterhaltsamen Angelegenheit machen. Viele Szenen in diesem neuen Film sind zwar streng genommen fiktiv und somit fromme

„Dichtung“, sie können jedoch als adäquate Umsetzungen der reformatorischen „Wahrheit“ bezeichnet werden, um die es ja eigentlich geht. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist etwa die Geschichte des Maurers Otto: Sein Sohn erhängt sich in Wittenberg am Dachbalken eines halbfertigen Hauses und Luther wagt es, den jungen Selbstmörder in geweihter Erde beizusetzen. Dies soll das „Turmerlebnis“ veranschaulichen: Luther befreit sich von der Vorstellung eines strafenden Gottes und gelangt zu der rettenden Einsicht, dass Gott anders, nämlich gerecht und gnädig ist. Die Produzentin Brigitte Rochow vermerkt hierzu treffend: „Hier sind wir ganz bewusst von der historischen Überlieferung abgewichen. Man stelle sich mal vor: Luther sitzt bei Kerzenlicht über die Bibel gebeugt, rauft sich die Haare und sagt dann plötzlich: ‚Jetzt weiß ich Bescheid! Es steht alles im Römerbrief!‘ Jeden Drehbuchschreiber, der so was verzapft, sollte man in die Wüste schicken. Es liegt auf der Hand, dass Luthers Einsichten sowohl seinem Bibelstudium als auch seinen täglichen Begegnungen mit den Leuten, mit denen er als Lehrer und Priester zu tun hatte, entsprangen!“ Der in der Biographie Luthers Bewanderte wird viele solcher kleinen „künstlerischen“ Freiheiten bemerken, jedoch wenig Grund zur Beanstandung daran finden, da sie sich mit dem Geist des hier zu Vermittelnden durchaus gut verbinden lassen.

Im Übrigen besticht „Luther“ durch seine atemberaubende Farbigeit, Kulisse und Detailtreue. Gedreht wurde, soweit nur irgend möglich, an den Originalschauplätzen. Für die Schauspieler, so heißt es, sei es wichtig gewesen, die Atmosphäre der mittelalterlichen Bauten in sich aufzunehmen, ganz unabhängig von historischen Spitzfindigkeiten. „Für die Rolle ist es ungemein hilfreich, wenn man auch noch nach 500 Jahren den biologischen, klimatischen, architektonischen und sozialen Hintergrund der Geschichte spürt“, bestätigt Alfred Molina, der den umstrittenen Dominikaner-Mönch und Ablasshändler Tetzl spielt. „Wenn ich nur an den Marktplatz denke, auf dem Tetzl mit seinem Ablass-Theater auftritt. Der Platz ist voller Leute und Seltsamkeiten – und dann erscheint mit einem Mal alles ganz natürlich und damit auch ganz echt.“



In den Münchner Bavaria Studios wurden fünf Schauplätze nachgebaut, darunter die große Halle und die legendäre Reliquienkammer Friedrichs des Weisen, ein Gang mit Klosterzellen und Luthers Turmstube auf der Wartburg. Es wurde bei jeder dieser Dekorationen bewusst versucht, sich von der „Pralinenschachtel-Atmosphäre“ üblicher Historienfilme zu lösen, sagt der für die Gesamtausstattung zuständige Rolf Zehetbauer: „Wir haben uns von Gemälden, Stickerien und alten Dokumenten inspirieren lassen. Aber der erste Entwurf muss aus der Imagination kommen. Die Bauten 'erzählen' die Figuren, die dort leben. Wir machen Kino, wir wollen eine glaubwürdige Fiktion schaffen.“

Nach der festen Überzeugung der Macher des Luther-Films wäre es auch ein Fehler, Luthers Geschichte für eine Ansammlung steinerer Monumente, repräsentativer Persönlichkeiten und nachgestellter historischer Ereignisse zu halten. Dem kann aus der Perspektive des Zuschauers tatsächlich nur zugestimmt werden.

Auf die Frage, was ihn an der Rolle Martin Luthers interessiert habe und welche schauspielerische Herausforderung dies für ihn bedeutete, antwortet der Hauptdarsteller Joseph Fiennes: „Martin Luther war unglaublich modern in seinen Gedanken. Ich denke es gibt in LUTHER viele Themen, die auch heute noch von Bedeutung sind. Zu Luthers Zeit versuchte die Kirche, Macht über die breite Masse des Volkes auszuüben, indem sie die Sprache und das Wissen kontrollierte. Und LUTHER zeigt, dass man die Menschen nicht auf Dauer unterdrücken und bevormunden kann. Außerdem fühle ich mich von Luther angezogen, weil er als junger Mann ein Unschuldiger ist, der auf Grund einer Inspiration seine Bestimmung findet und das Unrecht dort, wo er es sieht, auch beim Namen nennt – selbst gegenüber der mächtigen Kirche.“

In Anbetracht dieser Ausführungen ist es dann auch konsequent, dass der neue Luther-Film im wohlverstandenen Sinne „parteiisch“ ist, ohne dabei jedoch in primitive konfessionspolemische Plattheiten zu geraten. Die dunklen und negativen Seiten der Reformation und des Reformators

werden keineswegs ausgeblendet, allerdings aufs Ganze gesehen nur am Rande und andeutungsweise behandelt. Das mag man kritisieren. Da mag vielleicht auch einiges manchem römisch-katholischen Zuschauer oder in der Kirchengeschichte Bewanderten ein wenig zu undifferenziert und womöglich etwas einseitig erscheinen, aber schließlich sitzt man hier ja auch nicht im historischen Seminar nach!

Im neuen Luther-Film wird natürlich reformatorischer Geist beschworen – wie sollte es auch anders sein! In den insgesamt 121 Minuten kommt beim Zuschauer zu keinem Zeitpunkt Langeweile auf, der Unterhaltungswert ist – trotz des ja durchaus auch lehrreichen Inhalts – enorm. Mit dem Unwetter bei Stotternheim im Jahre 1505, wo der junge Luther in Todesangst gelobt, Mönch zu werden, auf der einen und der Confessio Augustana im Jahre 1530 auf der anderen Seite werden dramaturgisch sinnvolle und historisch intelligente Zäsuren gesetzt.

Dieser Film eignet sich insofern sowohl für alle historisch interessierten Laien, die vielleicht außer dem Namen Luthers kaum Kenntnis von ihm selbst sowie den bewegenden Ereignissen der Reformationszeit haben (Generationen von Schulklassen sind ab sofort bestens versorgt!), als auch den ganz „normalen“ Kinobesuchern mit ihrer berechtigten Erwartung nach guter Unterhaltung. Die hochkarätige Besetzung garantiert – wie nicht anders zu erwarten – vollsten Kinogenuss: Sir Peter Ustinov glänzt als abgeklärter Friedrich der Weise, Bruno Ganz beeindruckt in der Rolle des väterlichen Johann von Staupitz, Alfred Molina verkörpert trefflich den abgründig fanatisierten Seelenhändler Tetzl, Uwe Ochsenknecht mimt einen überzeugend dekadenten Leo X. und Mathieu Carrière brilliert als unheimlicher und mächtiger Kardinal Cajetan. Kurzum: Der neue Luther-Film ist bestens gelungen. Man kann ihm jetzt nur noch den nötigen großen Erfolg beim Kinopublikum wünschen: Verdient hätte er einen solchen allemal!

*Anm.:*

*Christian Meißner ist Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU*



Fotos: Otfilm



„Das Gras verdorrt, die Blume verwelkt, doch das Wort unseres Herrn bleibt in Ewigkeit.“ (Jes 40,8)

Ernste Themen dominieren am Ende des Kirchenjahres, wenn die letzte Farbenpracht des Spätherbstes im November dem kühlen und kargen Grau als dem Vorboden des sich ankündigenden Winters gewichen ist. Parallel zum Sterben und Vergehen in der äußeren Natur weisen uns unsere inneren Gedanken auf unser eigenes irdisches Ende sowie dasjenige aller Menschen. Uns wird in diesen Tagen wieder einmal bewusst, wie vergänglich, wie kurz und unbedeutend sich doch unser kleines Leben hier auf Erden zuweilen ausnimmt.

Wir gedenken in dieser Zeit wohl nicht selten auch all der Lieben, die vor uns gegangen sind, womöglich viel zu früh, eben „vor der Zeit“, wie wir bisweilen zu sagen pflegen. Im Schmerz unserer Herzen stehen wir stumm vor all dem Gesagten und Ungesagten, dem erlebten Glück und der Freude, aber auch den Anfechtungen, dem Scheitern und der Schuld, die wir erlebt haben. Wir erinnern uns an so manch schweres Leid, eigenes wie fremdes, und an die dunklen Stunden in unserem Leben, in denen uns viele unserer so fest und fertig geglaubten Antworten und vermeintlichen Sicherheiten für immer entglitten sind.

Auch die Worte unseres Monatsspruches mahnen uns in der eindringlichen Bildersprache des bei unseren Trauerfeiern und am Drittletzen Sonntag des Kirchenjahres zitierten Psalms 90, uns nicht im Vergänglichen zu verlieren. Das verdorrte „Gras“ und die verwelkte „Blume“, das ist der Mensch – das sind wir! Der Prophet macht uns das unmissverständlich klar, auch wenn wir das überhaupt nicht hören wollen und es ganz und gar nicht in das modern durchgeplante und wohl organisierte „Self-

made-Lebenskonzept“ passt: Unser alltäglicher „Lifestyle“ und alles, was uns darin groß, schön und erhaben erscheinen mag, ist doch letztlich „Gras“, in der Sprache von Psalm 90: „Geschwätz“ und „vergebliche Mühe“.

Doch die Botschaft, die hier im 40. Kapitel des Propheten Jesaja verkündet wird, ist mitnichten der bloße Aufruf zu Melancholie und Dauerdepression. Hier wird uns vielmehr die Frohbotschaft von Gottes unvergänglichem Heilswillen für sein Volk in Erinnerung gerufen, und das bedeutet nichts weniger als Trost inmitten aller Trostlosigkeit und Hoffnung inmitten aller Hoffnungslosigkeit. Das Gras mag verdorren und die Blume verwelken, aber das Wort unseres Herrn bleibt ewiglich und ist von Dauer.

Was also ist in unserem Leben von Dauer? Worauf können wir uns auch im Sterben wirklich verlassen? Bauen wir auf Gott oder auf uns selbst? Vertrauen wir auf die falschen oder die rechten Propheten? – das sind die entscheidenden „Novemberfragen“ unseres Lebens, die für alle irdischen Jahreszeiten Gültigkeit haben. Die Antwort auf die Frage Luthers „Wo solln wir denn fliehen hin, da wir mögen bleiben?“ ist für uns Christen klar. Auch wenn wir zuweilen zweifeln und hadern, sollen wir immer wieder zuversichtlich und fröhlich miteinstimmen: „Das tust du, Herr alleine. (...) Heiliger Herre Gott, heiliger starker Gott, heiliger barmherziger Heiland, du ewiger Gott: lass uns nicht entfallen von des rechten Glaubens Trost. Kyrie eleison.“ (EG 518,3)

*Meißner*

## Unsere Autoren:

Erika Steinbach  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Dr. Christine Schirrmacher  
Institut für Islamfragen (IfI)  
Postfach 74.27  
53074 Bonn

Christian Meißner  
Bundesgeschäftsführer des EAK  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin